

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Peter Albach, Dorothee Bär, Renate Blank, Gitta Connemann, Dr. Stephan Eisel, Reinhard Grindel, Monika Grütters, Kristina Köhler (Wiesbaden), Hartmut Koschyk, Dr. Günter Krings, Maria Michalk, Philipp Mißfelder, Rita Pawelski, Beatrix Philipp, Dr. Norbert Röttgen, Marco Wanderwitz, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Monika Griefahn, Rainer Fornahl, Gunter Weißgerber, Dr. Gerhard Botz, Dr. Peter Danckert, Siegmund Ehrmann, Iris Gleicke, Wolfgang Grotthaus, Hans-Joachim Hacker, Dr. Barbara Hendricks, Klaas Hübner, Dr. h. c. Susanne Kastner, Fritz Rudolf Körper, Ernst Kranz, Angelika Krüger-Leißner, Dr. Uwe Küster, Ute Kumpf, Markus Meckel, Petra Merkel (Berlin), Detlef Müller (Chemnitz), Thomas Oppermann, Christoph Pries, Steffen Reiche (Cottbus), Michael Roth (Heringen), Silvia Schmidt (Eisleben), Renate Schmidt (Nürnberg), Jörg Tauss, Simone Violka, Dr. Marlies Volkmer, Andrea Wicklein, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Jan Mücke, Dr. Claudia Winterstein, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Marina Schuster, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Freiheits- und Einheitsdenkmal gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 124. Sitzung am 9. November 2007 beschlossen, dass im Jahr 2009 in der Mitte Berlins ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands errichtet werden soll (Bundestagsdrucksache 16/6925). Damit sollen zugleich die freiheitlichen Bewegungen und Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte in Erinnerung gerufen und gewürdigt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ge-

meinsam mit dem Senat von Berlin einen geeigneten Ort für das Denkmal zu finden und unter Mitwirkung der Deutschen Gesellschaft e. V. als Initiatoren des Denkmalprojekts dem Deutschen Bundestag eine Konzeption für das Denkmal vorzulegen.

Auf Grundlage dieser Konzeption soll der Deutsche Bundestag über das finanzielle Volumen und die Ausschreibung eines Wettbewerbs zur künstlerischen Gestaltung des Denkmals entscheiden. Die Konzeption und das Wettbewerbsergebnis sollen öffentlich diskutiert werden. Vor diesem Hintergrund und dem vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung am 20. November 2008 gefassten Beschluss gilt es nun, den Wettbewerb zu beginnen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt die vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dem Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages vorgelegten Eckpunkte zur Konzeption des Freiheits- und Einheitsdenkmals (Ausschussdrucksache 16(22)151):

1. Das Denkmal soll an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedererlangung der deutschen Einheit, eingebettet in die deutsche Freiheits- und Einheitsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, erinnern.
2. Nach Abwägung historischer und inhaltlicher Aspekte ist als Standort der Sockel des Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf der Schlossfreiheit vorgesehen.
3. Der Beitrag der Leipziger Bürgerinnen und Bürger, der eine herausragende Rolle bei der friedlichen Revolution spielte, sowie Freiheitsbewegungen im Vorfeld des Mauerfalls in anderen Orten der ehemaligen DDR sollen Berücksichtigung finden.
4. Geplant ist ein offener, zweistufiger Realisierungswettbewerb ohne Mindestanforderungen und Beschränkung der Teilnahmeberechtigung.
5. Um eine breite Akzeptanz des Denkmals zu gewährleisten, soll die Öffentlichkeit durch Informationsveranstaltungen in die Diskussion einbezogen werden.
6. Der Bund trägt die Kosten für die künstlerische Gestaltung des Denkmals auf der Schlossfreiheit unter Einbeziehung der damit zusammenhängenden Kosten für die künstlerische Gestaltung der Oberfläche des Denkmalssockels. Die Sanierung des Sockels selbst ist nicht Teil der künstlerischen Gestaltung und insoweit nicht Gegenstand des Wettbewerbs.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. umgehend mit der Ausschreibung des Wettbewerbs zu beginnen;
2. die mit dem Land Berlin als dem Eigentümer des Grundstücks zur Finanzierung der Sockelsanierung getroffene Einigung mit dem Inhalt, dass diese Teilmaßnahme aus Mitteln der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel“ finanziert wird, den weiteren Berechnungen zugrunde zu legen;
3. die Einrichtung eines Informationsortes zur vertiefenden Beschäftigung mit dem Thema „Freiheit und Einheit“ zu prüfen und gegebenenfalls in die Ausschreibung und die Gesamtfinanzierung einzubeziehen;
4. die Deutsche Gesellschaft e.V. als Initiator des Denkmalprojekts und andere sachkundige, anerkannte Organisationen der Zivilgesellschaft in die Planungen zur öffentlichen Diskussion über Konzeption und Wettbewerbsergebnis einzubeziehen;

5. gemeinsam mit dem Land Sachsen und der Stadt Leipzig den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zur friedlichen Revolution auf angemessene und sichtbare Weise zu würdigen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien wird von der Bundesregierung über die Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs informiert. Nach Vorliegen des Ergebnisses des Realisierungswettbewerbs ist dem Haushaltsausschuss vor Beauftragung der Maßnahme von der Bundesregierung ein detailliertes Finanzierungskonzept vorzulegen, das seiner Zustimmung bedarf.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion

Dr. Peter Struck und Fraktion

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

